

Rostock Backbord

DIE LINKE. in Rostock informiert über ihre Arbeit · Ausgabe 12/2012



Quelle: Redaktion

Sicher in Schmarl? Aufeinander achten, statt Sorgen haben!

Ist Schmarl noch sicher? Können unsere Kinder ohne Angst zur Schule oder auf den Spielplatz gehen? Diese Fragen führten zu intensiven Diskussionen im Stadtteil. Besorgte Eltern wandten sich an die Stadtverwaltung, die Medien und auch an eine private Sicherheitsfirma. Im Schmarler Ortsbeirat erklärte vor kurzem die Polizei, es gebe keine Steigerungen im Bereich sexueller Delikte und der Stadtteil sei kein krimineller Brennpunkt. Kerstin Liebich, Kreisvorsitzende der LINKEN in Rostock, meint: »Das ist eine beruhigende Nachricht. Trotz-

dem muss man solche Sorgen immer ernst nehmen, egal ob Statistiken etwas anderes sagen. Denn selbst ein Gefühl, die eigenen Kinder sind nicht mehr sicher, ist Grund genug zu handeln.« Besonders wichtig findet Liebich die Zusammenarbeit der Eltern mit den Schulen und anderen Einrichtungen vor Ort: »Der Stadtteil kann auf seine gute Vernetzung bauen. Eltern, Kita, Ortsbeirat oder SBZ - sie alle können Hand in Hand gehen. Denn ein gemeinsames Handeln und kurze Informationswege sind jetzt richtig.« Diese gemeinsame Achtsamkeit sollte

von der Polizei begleitet werden, so Liebich. »Die Polizei muss im Stadtteil präsent und sichtbar sein. Außerdem ist eine starke Präventionsarbeit an den Schulen, mit den Kindern, notwendig. Aufgeklärt und selbstbewusst kann jedes Kind lernen, sich zu schützen und zu Fremden Nein zu sagen.« Das die Eltern sich organisiert haben um einander zu helfen, findet Liebich bewundernswert: »Wenn man sich verlassen fühlt, ist gegenseitige Hilfe wunderbar. Die Eltern brauchen jedoch die Unterstützung öffentlicher Einrichtungen. Hier sind Stadt und Polizei gefragt.«

Mit Sicherheitsfirmen umgehen

Ob in der Disco oder im Stadion, ob in einem Parkhaus oder als Bodyguards - Sicherheitsfirmen arbeiten für Unternehmen und Privatpersonen. Mittlerweile sind sie in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens sichtbar. Prof. Dr. Wolfgang Methling, Kreisvorsitzender in Rostock, ist skeptisch: »Oft werden dieser Branche unsaubere Praktiken vorgeworfen. Kriminelle Hintergründe oder rechtsextreme Einstellungen, Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen. Diese Jobs sind häufig schlecht bezahlt und haben keinen guten Ruf.« Zudem könnten Qualitätsstandards und Mindestanforderungen an die Ausbildung fehlen. Im Bundestag hatte DIE LINKE einen Antrag gestellt, die Privatisierung der öffentlichen Sicherheit rückgängig zu machen. Der Grund: Zunehmend werden Aufgaben der Sicherheit und Ordnung an Private übergeben, obwohl dies klassische Aufgaben des Staates seien. »Es ist schlimm, wenn Hilflosigkeit dazu führt, dass private Sicherheitsfirmen beauftragt werden. Wir brauchen mehr Miteinander, statt jeder für sich. So kann man einander helfen, ganz ohne Bürgerwehren oder Selbstjustiz.«, sagt Methling.

Veranstaltungen

DIE LINKE. schreibt in den nächsten Monaten ihr Programm für die Bundestagswahl 2013. Machen Sie mit! Schicken Sie uns Ihre Forderungen und Wünsche für das Wahlprogramm! <http://partie.debatte.die-linke.de>

Direktkandidat Bockhahn

Steffen Bockhahn wird auch 2013 für DIE LINKE um den Einzug in den Bundestag kämpfen. Mit großer Mehrheit (85 %) wurde er von den Parteimitgliedern als Direktkandidat für Rostock wiedergewählt. Dazu erklärt der Rostocker Kreisvorsitzende der LINKEN Prof. Dr. Wolfgang Methling: »Dieses sehr gute Wahlergebnis ist Ausdruck hoher

Wertschätzung. Steffen streitet immer engagiert für seinen Wahlkreis im Bundestag. Ich freue mich riesig, dass er mit so einem großen Vertrauensvorschluss in den Wahlkampf geht.« Steffen Bockhahn sitzt auch in der Bürgerschaft und engagiert sich dort als Vorsitzender des Finanzausschusses.



Quelle: Benjamin Thorn (pixelio.de)

DIE LINKE.
Hansestadt Rostock

DIE LINKE. Hansestadt Rostock
Stephanstraße 17, 18055 Rostock, Telefon: 0381 / 49 200 10, Fax: 0381 / 49 200 14
E-Mail: backbord@dielinke-rostock.de, Internet: www.dielinke-rostock.de

Tipp: EVITA

Sie ist die berühmteste Argentinierin: Maria Eva Duarte de Perón - kurz genannt EVITA. Ende der 1940er Jahre faszinierte sie die Welt mit ihrer mitreißenden Persönlichkeit und ihrem filmreifen Schicksal.

Vom 15.11. bis zum 17.02. können Sie in der Nikolai-Kirche das Musical EVITA genießen.

Schauen Sie rein: evita-rostock.de



SMS aus dem Rathaus

»Der OB ist erkrankt. Da wünschen wir natürlich gute Besserung! Ohne Roland Methling ist alles so ruhig im Haus. Fast schon harmonisch. Selbst die letzte Sitzung der Bürgerschaft war ohne ihn viel friedlicher. Woran das wohl liegt?«

Weniger Geld für den Nordwesten

Zwischen dem Bund und Mecklenburg-Vorpommern gibt es eine Vereinbarung, damit Finanzhilfen für Baumaßnahmen in Städten bereitgestellt werden. So sind von 1991 bis 2011 rund 41 Millionen Euro aus verschiedenen Fördertöpfen in die Plattenbau-Gebiete Rostocks geflossen. Doch diese Städtebauförderung wurde letztes Jahr deutlich gesenkt. Die Bundesregierung plant, diese Mittel auch 2013 nochmal zu verringern. Hinzu kommt, dass Rostock für jeden Euro Fördergeld einen eigenen Anteil aufbringen muss. Dazu meint Eva-Maria Kröger, Fraktionsvorsitzende



Schmarl - ein Stadtteil mit Zukunft?!

Die Innenstadt wächst und wächst. Zahlreiche Quartiere entstehen, beispielsweise am Friedrich-Franz-Bahnhof, am Stadthafen oder »Little Venedig« unterhalb der Stadtmauer. Doch viele Menschen können sich das Wohnen dort nicht leisten, weil der Mietspiegel mittlerweile sehr hoch ist. Eva-Maria Kröger, Fraktionschefin der Linken im Rathaus, betrachtet die Entwicklung der Stadtteile mit Sorge: »Wer genug Geld verdient, kann in der City wohnen. So eine Exklusivität kann zu Ausgrenzung führen und verhindert, dass Menschen mit verschie-

denen Lebenslagen zueinander finden. Außerdem muss die Bürgerschaft dringend darauf achten, die Stadtteile im Nordwesten nicht aus den Augen zu verlieren!« In Schmarl warten einige Projekte seit Jahren auf ihre Umsetzung. Zum Beispiel die lang geplante Umgestaltung des Schmarler Landgangs oder die durchgängige Busverbindung zum Lütten Kleiner Zentrum. Das ehemalige NORMA-Gebäude ist ein Schandfleck im Viertel, Sauberkeit und Ordnung lassen zu wünschen übrig. Doch es gibt auch gute Nachrichten: Die Kindertagesstätte im Ko-

lumbusring wird saniert und die noch fehlende Sportanlage im Stephan-Jantzen-Ring steht endlich auf der Liste der Stadt. Dank so genannter Bürgerprojekte soll 2013 auch der Saal im »Haus 12« erweitert werden. »Wir freuen uns über jeden positiven Schritt im Nordwesten. Weil die engagierten Schmarler, der Ortsbeirat und der Quartiermanager sich um die Zukunft des Viertels bemühen. Auch die Stadtteilbefragung und die Zukunftskonferenz sind großartige Möglichkeiten, alle zu beteiligen und gemeinsam für Schmarl aktiv zu sein.«, sagt Kröger.



DIE LINKE.
in der Rostocker Bürgerschaft

DIE LINKE. in der Rostocker Bürgerschaft

Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Telefon: 0381 / 381 12 79, Fax: 0381 / 381 90 61, E-Mail: dielinke.fraktion@rostock.de

Wieder müssen die Mieter ran

Im September dieses Jahres hat die Bundesregierung unter CDU und FDP ein Gesetzgebungsverfahren zur »Änderung des Mietrechts« eingeleitet. »Die geplante »Reform« ist ein Schlag ins Gesicht für viele Menschen, die eine Wohnung mieten. Das deutsche Mietrecht vertrat bislang stark die Rechte der Mieterinnen und Mieter. Soll es das mit der »Reform« gewesen sein?« fragt Regine Lück. Mit ihrem Schwerpunkt Bauen, Wohnen und Landesentwicklung kämpfen die Landtagsabgeordnete und ihre Fraktion schon lange gegen die geplanten Änderungen. Was bedeutet die Reform

für die Bürgerinnen und Bürger? Wenn Bauarbeiten zur energetischen Sanierung weniger als drei Monate andauern, kann die Miete nicht mehr gemindert werden. Die Mieterinnen und Mieter können sich nicht wehren und haben im schlimmsten Fall Dreck, Lärm und Staub zu ertragen. Viele müssen nach einer Sanierung sogar ausziehen, weil sie die höhere Miete nicht zahlen können. Doch dabei bleibt es nicht: Bei einer nicht pünktlichen Zahlung der Miete (Zahlungsverzug) soll künftig ein Ordnungsgeld durch den Vermieter verhängt werden können. Wird dieses Ordnungsgeld nicht gezahlt, kann sogar eine richterlich angeordnete Ordnungshaft, eine Freiheitsentziehung von 1 bis zu 6 Wochen, erfolgen. Eine weitere Änderung des Mietrechts soll Wohnungsräumungen künftig schneller und leichter durchsetzbar machen. Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen sind deshalb im Falle eines Zahlungsverzugs von Räumung oder gar Haft bedroht. Von den rund 848 700 Privat-



haushalten in MV wohnen etwa zwei Drittel in Mietwohnungen. Damit sind über eine Millionen Menschen im Land unmittelbar von den Änderungen des Mietrechts betroffen. »Das besorgt mich zutiefst, auch, dass viele Mieterinnen und Mieter darüber einfach in Unkenntnis gelassen werden. Wenn sie wüssten, was auf sie zukommt, wäre der Protest größer.« so Regine Lück. Deshalb appelliert Frau Lück an alle Mieterinnen und Mieter, massiv und öffentlich gegen diese Pläne vorzugehen.

Wie derartige Proteste aussehen können, zeigten bundesweite Demonstrationen am zweiten November-Wochenende. Mehrere Tausend Menschen gingen gegen massive Mieterhöhungen und für eine soziale Wohnungspolitik auf die Straße. Das größte Protestbündnis schaffte Hamburg, einer der teuersten Städte Deutschlands, zu mobilisieren. 2.800 Menschen machten ihren Forderungen unter dem Motto »Keine Rendite mit der Miete« Luft.

Glückwunsch!

Der Verein Wohltat e.V. erhält eine Spende der Linksfraktion von 1000 € für Ihre wertvoll geleistete Arbeit. Wohltat e.V. setzt sich ein für Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben.

Anerkennung nicht deutscher Abschlüsse

Viele Menschen, die nach Deutschland zugewandert sind, haben in ihren Heimatländern gute berufliche Qualifikationen und Abschlüsse erworben. Sie werden auf dem deutschen Arbeitsmarkt dringend gebraucht, schließlich gibt es Branchen die unter Fachkräftemangel leiden.

Jedoch gab es bisher oft Probleme, die im Ausland erworbenen Abschlüsse anerkennen zu lassen. Die gesetzlichen Verfahren waren ungenügend und nicht einheitlich. Außerdem musste man deutscher Staatsbürger sein oder wenigstens Bürger eines EU-Mitgliedstaates, um sich

die eigenen Kenntnisse hier vernünftig anerkennen zu lassen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern leben MitbürgerInnen verschiedener Nationalitäten, die zwar qualifiziert sind als Ärzte, Krankenpfleger, Erzieher oder Ingenieure. Jedoch können sie ihre Berufe hier nicht ausüben. Mit dem Inkrafttreten eines neuen Gesetzes ändert sich das. Dr. Hikmat Al-Sabty ist Landtagsabgeordneter der LINKEN in M-V: »Endlich sind die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Das neue Gesetz bietet Verlässlichkeit und Transparenz. Damit senden wir auch ein deutliches Willkommenszeichen an zugewanderte Fachkräfte. Somit gehen wir einen wichtigen Schritt Richtung erfolgreicher Inklusion.« Das neue Anerkennungsgesetz greift Berufsgruppen auf, die tatsächlich unter Fachkräftemangel leiden und händeringend gutes Personal suchen. In Rostock bietet der Verein MIGRA e.V. (Waldemarstr.

32) eine professionelle und prozessbegleitende Beratung an. Dazu sagt Al-Sabty: »Es ist wichtig, Betroffene vor und während des Anerkennungsverfahrens zu begleiten. Dabei müssen Wege aufgezeigt werden, wie und wo sie eventuell fehlende Qualifikationen mit entsprechender finanzieller Förderung nachholen können.« In der Oktober-Sitzung des Landtages in Schwerin wurde die erste Lesung und die Überweisung des Gesetzentwurfs in die zuständigen Ausschüsse beschlossen. Dort wird der Entwurf nun diskutiert und mit eventuellen Änderungsvorschlägen aufgewertet.



Veranstaltungen

Wir laden ein zum Weihnachts-Klatsch und Tratsch mit MdB Steffen Bockhahn. Am 17. Dezember 2012, ab 16 Uhr ein.



Regine Lück, MdB
Stephanstraße 17, 18055 Rostock
Telefon: 0381/49 200 18, E-Mail: r.lueck.wkb@t-online.de



Dr. Hikmat Al-Sabty, MdB
Ulrich-von-Hutten-Straße 32, 18069 Rostock
Telefon: 0381/80 875 507, E-Mail: al-sabty@t-online.de



Betreuungsgeld ist beschlossen - Was für ein Irrsinn!

Stellen Sie sich einmal vor, Sie würden Geld dafür bekommen, nicht in die Schwimmhalle zu gehen. Dadurch würde die Stadt Geld sparen, denn wenn niemand schwimmen geht, braucht man keine teure Schwimmhalle. Diese Idee ist einfach absurd, doch CDU und FDP verfahren mit dem Betreuungsgeld genau auf diese Weise. Wer sein Kind nicht in die Kita bringt, wird dafür belohnt. Ab dem 1. August 2013 sollen Eltern, die ihre ein- bis dreijährigen Kinder zu Hause behalten, monatlich 100 Euro bekommen. Ab 2014 werden es 150 Euro sein. Mehr als 1,2 Milliarden Euro pro Jahr wird dieser Plan am Ende kosten. Wäre das Geld nicht besser angelegt beim Qualitätsausbau der Kitas oder bei der Ausbildung neuer Erzieherinnen? »Ab August gibt es einen Rechtsanspruch für alle Kinder auf einen Krippenplatz. Dafür gibt es aber noch nicht genug Krippenplätze. Deshalb versucht man, mit dieser Fernhalteprämie die

Zahl der nötigen Krippenplätze künstlich klein zu halten,« erklärt Steffen Bockhahn. Er ist im Haushaltsausschuss für das Familienministerium verantwortlich und kennt die Zahlen und Zusammenhänge genau. Die schärfste Kritik übt Bockhahn jedoch an der wiederholten Diskriminierung arbeitsloser Eltern. Wie auch beim Elterngeld, wird diese Leistung vom ALG II abgezogen. Ein weiteres Problem ist in den Augen des Abgeordneten der Um-

stand, dass Kindern Chancen vorenthalten werden. Schließlich belegen Studien, die Krippe ist auch ein Ort der Bildung und der Integration. Kindern mit Entwicklungshemmnissen oder aus Migrantenfamilien kann dort der Start ins Leben erleichtert werden. »Warum müssen es jetzt die Kinder ausbaden, wenn Erwachsene ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben?« fragt Bockhahn mit Blick auf die fehlenden Krippenplätze.

Bockhahn vor Ort

Vor fast einem Jahr wurden die Gräueltaten des rechtsradikalen NSU aufgedeckt. Steffen Bockhahn hat in Toitenwinkel Blumen nieder gelegt und dem dort ermordeten Mehmet Turgut gedacht. Bockhahn forderte eine Gedenktafel zur Erinnerung.

Bockhahn online

Besuchen Sie www.bockhahn.de und erfahren Sie Aktuelles aus Berlin! Infos zu Abstimmungen im Bundestag und was diese für uns bedeuten, Videos, Fotos und spannende Artikel zu vielen Themen. Sie möchten wissen, was Rostocks linker Bundestagsabgeordneter tut? Dann schauen Sie doch mal rein!

Die Verantwortung bleibt

Geboren wurde Steffen Bockhahn am 29.12.1978. Da war der Zweite Weltkrieg schon seit 33 Jahren vorbei. Schuld hatte er an den Verbrechen, die Deutsche besonders dem jüdischen Volk angetan haben zweifelsfrei nicht. Dennoch engagiert der Bundestagsabgeordnete sich für die Überlebenden des Holocaust. Vor allem um die Pflege der alten Leute geht es.

Vor zwei Jahren machte sich Bockhahn in der Ukraine ein Bild davon, wie wichtig Unterstützung für die Überlebenden des nationalsozialistischen Rassenwahns ist. Oft fehlt es am nötigsten, ist Heizung ein Fremdwort im kalten Winter und gilt sauberes Wasser als Luxusgut. Die nötigsten Medikamente bekommen sie oft nur durch die Hilfsorganisationen.

Finanziert wird das durch die Jewish Claims Conference. Die Nazis hatten jüdisches Vermögen zu Unrecht enteignet. Die Claims Conference kümmert sich nun darum, die Ansprüche auf Rückübertragung oder Entschädigung durchzusetzen. Mit einem Teil der Erträge wird dann die beschriebene Arbeit finanziert. Weitere Quellen sind Spenden und auch Zuwendungen aus dem Haushalt der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu stehen neue Verhandlungen an. Aus diesem Grund trafen sich Vertreter der Claims Conference mit Mitgliedern des Bundestages, u. a. mit Steffen Bockhahn. Der sagte seine Unterstützung zu, denn »auch wenn heute nur noch wenige Deutsche Schuld an diesen Verbrechen haben, so tragen wir doch alle Verantwortung.«



Quelle: Stephan Prummel, IC



Steffen Bockhahn für DIE LINKE. im Bundestag

Wahlkreisbüro Rostock: Stephanstraße 17, 18055 Rostock

Telefon: 0381 / 37 776 69, Fax: 0381 / 49 200 14, E-Mail: steffen.bockhahn@wk.bundestag.de